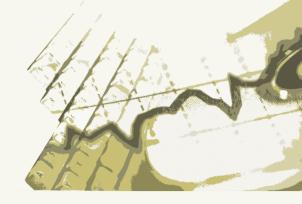
Projekte

Ausgewählte aktuelle Forschungsvorhaben des IAB im Überblick



Neue Arbeitsgruppe "Arbeit in der digitalisierten Welt"

Die Debatten über Auswirkungen bestehender und zukünftiger technologischer Entwicklungen werden intensiver. Die Möglichkeiten der digitalen Revolution erscheinen schier unerschöpflich. Was bedeuten die zunehmende Digitalisierung und die wachsende Vernetzung von Produkten, Wertschöpfungsketten und Geschäftsmodellen für die Arbeitswelt? Es wird viel gemutmaßt, Gewissheit gibt es kaum. Einerseits werden die gigantischen Potenziale einer "Wirtschaft 4.0" hervorgehoben — etwa bei der möglichen Vorreiterrolle Deutschlands. Andererseits sieht man Bedrohungen für den Arbeitsmarkt wie den Wegfall von Arbeitsplätzen durch die zunehmende Automatisierung.

Dabei stellt sich die Frage, welche Berufe davon betroffen sind, und wie sich Tätigkeiten, Fähigkeiten und Fertigkeiten innerhalb von Berufsbildern verändern werden. Ebenso entscheidend ist die Frage, wie sich die technologische Entwicklung auf den Qualifikationsbedarf sowie auf regionaler und sektoraler Ebene auswirkt. Schließlich geht es um die Auswirkungen auf die Arbeitsverwaltung und um rechtliche Regulierungen wie den Arbeitsoder Datenschutz sowie um die Organisation von Arbeitsprozessen und Arbeitszeiten.



Dr. Florian Lehmer leitet die neue AG "Arbeit in der digitalisierten Welt" seit Oktober dieses Jahres.

Um der Bedeutung dieser Fragen Rechnung zu tragen, hat das IAB in diesem Jahr ein neues Fokusthema "Arbeit in der digitalisierten Welt" — neben den weiteren Fokusthemen "Migration und Integration", "Langzeitleistungsbezug" und "Qualität der Beschäftigung" — benannt und die gleichnamige Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Die von Dr. Florian Lehmer geleitete Arbeitsgruppe wird sich mit den Auswirkungen des technologischen Wandels auf Beschäftigung, Löhne, Berufe, Tätigkeiten, Qualifikationen, Branchen, Regionen, Arbeits-

marktinstitutionen und Organisation von Arbeitszeiten und -prozessen beschäftigen.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Forschungsideen, Forschungsansätze und Projektergebnisse der beteiligten Forscherinnen und Forscher im IAB zu diskutieren und zu bündeln. Neben der Weiterentwicklung bestehender Forschung am IAB, etwa zu Auswirkungen auf Beschäftigungspolarisierung und Lohnungleichheit oder zur Beschäftigung in Zeiten der Energiewende, geht es vor allem darum, ausreichende Datengrundlagen für neue Projekte zu schaffen. Hierbei kooperiert das IAB mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim.

Einzelne Aspekte der "Arbeitswelt 4.0" werden in mehreren der bereits bestehenden IAB-Befragungen beleuchtet. Erste Ergebnisse, die auch zu einer Entwicklung neuer Projekte führen können, werden für 2016 erwartet.

Zu den weiteren Aufgaben der Arbeitsgruppe gehört die stärkere Vernetzung mit der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit, mit Ministerien, anderen Forschungsinstituten und Unternehmen sowie die Beratung der Fachöffentlichkeit.

rojekte IAB-Forum 2/2015

Forschung zur Migration und Integration von Flüchtlingen

Die zuletzt stark gestiegene Zahl geflüchteter Menschen stellt Politik und Verwaltung in Deutschland und Europa vor große Herausforderungen. In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geht es vor allem darum, diese Menschen frühzeitig in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen Teilhabe zu ermöglichen. Aufgrund individueller und institutioneller Hemmnisse besteht hier erheblicher Förderbedarf. Die Bundesagentur für Arbeit, die Bundesregierung und andere politische Institutionen in Ländern und Kommunen sowie auf europäischer Ebene sind für ihre anstehenden Entscheidungen auf eine umfassende und evidenzbasierte Politikberatung angewiesen.

Aufbauend auf seiner langen Tradition in der Migrations- und Integrationsforschung wird das IAB die Migration und Integration

von Flüchtlingen zu einem Schwerpunkt seiner Forschungsagenda und Politikberatung machen. Ziel des Instituts ist es, seine Position auf diesem Gebiet weiter auszubauen und zentraler wissenschaftlicher Ansprechpartner für die politischen Entscheidungsträger in der Bundesagentur und auf allen Ebenen der deutschen und europäischen Politik zu sein.

Im Zentrum der IAB-Forschung stehen dabei die Determinanten der Migration, die Arbeitsmarktintegration, die Lebenssituation und die soziokulturelle Integration geflüchteter Menschen und ihrer Familien. Die Evaluation von Maßnahmen für geflüchtete Menschen im Beratungs- und Vermittlungsprozess und nicht zuletzt das Thema Sprachförderung spielen ebenfalls eine zentrale Rolle. Darüber hinaus sollen Integ-

rationsprozesse international verglichen werden.

59

Im Oktober 2015 wurde daher die Task Force "Flucht, Asyl, Migration und Integration" ins Leben gerufen, welche die einschlägigen Aktivitäten in der Politikberatung koordinieren soll. Eine zeitgleich eingerichtete Strategiegruppe identifiziert überdies die Schritte, die erforderlich sind, um das IAB bei der Forschung zu diesem Themenbereich strategisch gut aufzustellen. Zugleich wird die Forschungsinfrastruktur erweitert. Das IAB wird gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Sozio-oekonomischen Panel eine umfassende Längsschnittbefragung von Flüchtlingen durchführen, die es ermöglicht, alle Aspekte der Integration von Flüchtlingen in Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu analysieren.

Bezahlter Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - Nachholbedarf bei Minijobbern

In Deutschland gilt die arbeitsrechtliche Gleichstellung aller Beschäftigten. Minijobber erhalten aber im Vergleich zu anderen Beschäftigten deutlich häufiger keinen bezahlten Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Gleichzeitig sind geringfügig Beschäftigte oft nicht ausreichend über ihre Arbeitnehmerrechte informiert.

In einer gemeinsamen Arbeitssitzung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Minijob-Zentrale in Berlin diskutierten IAB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Ergebnisse einer jüngst erschienenen IAB-Studie zur Praxis des Arbeitsrechts.

Die Befragung von 7.500 Beschäftigten und 1.100 Betrieben ergab, dass 35 Prozent der geringfügig Beschäftigten keinen bezahlten Urlaub erhalten. Auf Betriebsseite gaben



Bei der gemeinsamen Arbeitssitzung mit dem BMAS und der Minijob-Zentrale in Berlin sprach Bundesministerin Andrea Nahles unter anderem mit den IAB-Forschern Dr. Jens Stegmaier, Dr. Stefanie Gundert und IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei (von links) über die arbeitsrechtliche Situation von Minijobbern. Foto: BMAS/M. Bekker

15 Prozent an, ihren Minijobbern keinen bezahlten Urlaub zu gewähren. Knapp die Hälfte der Befragten wird nach eigenen Angaben im Krankheitsfall nicht entlohnt, und gut 15 Prozent der Minijobber besitzen keinen schriftlichen Arbeitsvertrag. Auf die Frage, inwieweit geringfügig Beschäftigte und Betriebe die

arbeitsrechtlichen Regelungen kennen, gaben etwa zwei Drittel der Minijobber an, über ihren Anspruch auf bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung bei Krankheit Bescheid zu wissen.

Die Studie zeigt aber auch, dass etwa die Hälfte der Betriebe, die ihren Minijobbern den Anspruch auf bezahlten Urlaub verwehren, die Rechtslage eigentlich kennt. Ähnliches beobachteten die Forscherinnen und Forscher im Fall der Lohnfortzahlung bei Krankheit.

Minijobber erscheinen in der Befragung weniger gut über ihre Rechte informiert als die

restlichen Befragten. Die Ergebnisse zeigen insgesamt, dass das Wissen um arbeitsrechtliche Regelungen und Vorgaben für geringfügig Beschäftigte grundsätzlich erweitert und vertieft werden muss. Die Minijob-Zentrale wird ihren Fokus bei

der Information und Beratung stärker auf Aufklärung und Sensibilisierung sowohl auf Arbeitnehmer-, als auch auf Arbeitgeberseite legen. Die IAB-Studie zeigt aber auch, dass viele Betriebe die Rechtslage zwar kennen, aber nicht einhalten.

Weitere Informationen zu den Ergebnissen der Studie und den dazugehörigen IAB-Kurzbericht Nr. 18/2015 finden Sie unter: www.iab.de/publikationen

Projekte aus einzelnen Forschungsbereichen

Stabsstelle Forschungskoordination

Wodurch zeichnet sich gute Politikberatung aus? Mit dieser Frage befasst sich das Projekt "Qualität der Politikberatung" und die gleichnamige Arbeitsgruppe am IAB. Es ist ein Beratungskonzept entstanden, das Prinzipien für eine hohe Qualität wissenschaftlicher Politikberatung benennt. Darüber hinaus werden Maßnahmen aufgezeigt, wie diese Prinzipien in der Praxis umgesetzt werden können. Derzeit findet eine Pilotierung der Qualitätsprinzipien in einzelnen Forschungsbereichen des IAB statt.

Forschungsbereich

"Arbeitsmarktprozesse und Institutionen"
Das Projekt "Betriebliche Kompromissbereitschaft" untersucht, unter welchen Bedingungen Betriebe Zugeständnisse bei der Entlohnung neu eingestellter Arbeitskräfte machen und welche Personengruppen davon profitieren. Dabei gehen die Forscherinnen und Forscher der Frage nach, ob Betriebe, die unterdurchschnittlich entlohnen, eher Lohnkompromisse eingehen. Dies dürfte ebenfalls auf Betriebe zutreffen, die Schwierigkeiten haben geeignete Fachkräfte zu rekrutieren. Es schließt sich die Frage an, ob auch Personen mit schwachen Verhandlungspositionen davon profitieren.

Forschungsbereich

"Regionale Arbeitsmärkte"

Inwieweit können Unternehmensgründungen dazu beitragen wirtschaftliche Krisen zu überwinden? Diese und weitere Fragestellungen untersucht der Forschungsbereich "Regionale Arbeitsmärkte" in Kooperation mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, der Technischen Universität Lissabon (Portugal) und der Brunel Universität in London (Großbritannien) im Rahmen des gemeinsamen Forschungsprojekts "Beschäftigungsentwicklung von Hightech-Gründungen". Erste Ergebnisse zeigen, dass Umbrüche infolge von Wirtschaftskrisen jungen Unternehmen Freiräume schaffen und ihnen ermöglichen, Fachkräfte einzustellen. Auch solche, die unter günstigeren konjunkturellen Verhältnissen eher besser bezahlte Stellen in Großbetrieben angenommen hätten.

Forschungsbereich

"Arbeitsförderung und Erwerbstätigkeit" Wie und unter welchen Umständen beeinflusst eine Weiterbildung die Jobsuche, das psychische Wohlbefinden und die Chancen auf Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II? Diese Frage untersucht der Forschungsbereich "Arbeitsförderung und Erwerbstätigkeit" in seinem Projekt "Berufliche Weiterbildung und selbstre-

gulatives Verhalten". Dazu werden 1.000 Arbeitslose mehrfach online befragt. Das Forschungsvorhaben wird in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Arbeits- und Organisationspsychologie der Justus-Liebig-Universität Gießen durchgeführt.

Forschungsbereich

"Betriebe und Beschäftigung"

Der Forschungsbereich "Betriebe und Beschäftigung" führt gemeinsam mit der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit das Projekt "Einstellung und (Weiter-)Beschäftigung Älterer" durch. In diesem von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Projekt wird der betriebliche Umgang mit älteren Erwerbstätigen untersucht. Im Fokus stehen Betriebe der Chemiebranche, deren demografieorientierte Vereinbarungen und Modellprojekte auf ein hohes Problembewusstsein der Beteiligten hinweisen. Im ersten Schritt werden Experteninterviews mit je einem Vertreter von Personalund Fachverantwortlichen sowie Betriebsräten geführt. Diese dienen als Basis für eine Betriebsbefragung in der Chemiebranche, in der unter anderem Informationen zur Einstellung und Beschäftigung Älterer sowie zum Angebot an altersspezifischen Personalmaßnahmen erhoben werden. Ziel ist ein repräsentativer Branchenüberblick sowie die Prüfung der Fallstudienergebnisse auf Generalisierbarkeit.

Forschungsgruppe "Berufliche Arbeitsmärkte"

Die fortschreitende Computerisierung wird weitreichende Auswirkungen auf Beschäftigung, Löhne, Berufe, Tätigkeiten, Qualifikationen, Branchen, Regionen, Arbeitsmarktinstitutionen und die Organisation von Arbeitszeiten und Arbeitsprozessen haben. Die Forschungsgruppe "Berufliche Arbeitsmärkte" untersucht im Projekt "Ersetzbarkeit von Berufen durch Computerisierung in Deutschland", wie stark bestimmte Berufe schon heute potenziell von einer Computerisierung betroffen sind. Dies geschieht anhand einer Betrachtung des Anteils der Tätigkeiten in den Berufen, die durch den Computer ersetzt werden können.

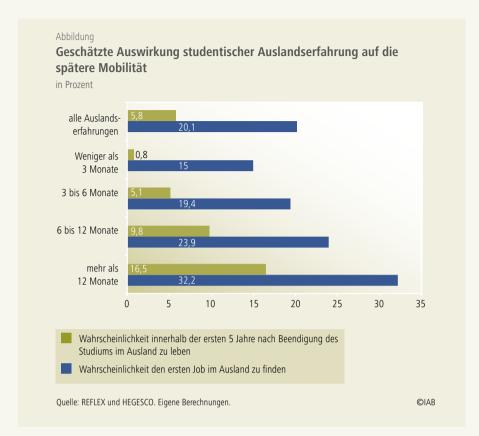
Forschungsbereich "Panel 'Arbeitsmarkt und soziale Sicherung'"

Unter welchen Bedingungen überregionale Stellenangebote angenommen werden, wird im Projekt "Prekäre Beschäftigungen und regionale Mobilität" untersucht. Kern der Untersuchung bildet die Frage, wie soziale Unterstützung die Entscheidung über die regionale Mobilität beeinflusst. Grundsicherungsempfänger zeigen sich in einem sozialen Umfeld mit hoher Arbeitslosigkeit zunehmend entmutigt. Konflikte mit wichtigen Bezugspersonen erhöhen dagegen die Mobilitätsbereitschaft dieser Gruppe.

Forschungsbereich

"Bildungs- und Erwerbsverläufe"

Beeinflusst ein Auslandsaufenthalt während des Studiums auch die internationale Arbeitsmobilität nach Abschluss des Studiums? Dieser Frage geht der Forschungsbereich "Bildungsund Erwerbsverläufe" im Projekt "Zahlt sich die Mobilität während des Studiums aus?



Empirische Evidenz aus 16 europäischen Ländern" nach. Dabei wurde die innereuropäische Mobilität von Hochschulabsolventen innerhalb der ersten fünf Jahre nach Ende des Studiums untersucht (vgl. Abbildung). Ein Auslandsaufenthalt während des Studiums erhöht die Wahrscheinlichkeit, später auch im Ausland zu leben und zu arbeiten, um 20 Prozentpunkte. Die Chance, den ersten Job nach dem Studium im Ausland zu finden, steigt ebenfalls um knapp sechs Prozentpunkte. Zudem erhöhen sich diese Effekte mit der Dauer der studentischen Auslandserfahrung. Diese signifikanten und positiven Effekte konnten in der Mehrzahl der untersuchten europäischen Länder nachgewiesen werden.

Kompetenzzentrum Empirische Methoden Die empirische Arbeitsmarktforschung stützt sich häufig auf Befragungsdaten, die im Längsschnitt erhoben werden. Auch am IAB finden Panel-Studien statt, bei denen dieselben Personen in regelmäßigen Abständen befragt werden. Im Rahmen des Projekts "Panel Conditioning" untersucht das "Kompetenzzentrum Empirische Methoden", ob die wiederholte Teilnahme an Panel-Studien das Arbeitsmarktverhalten von Arbeitslosengeld-II-Beziehern beeinflusst. Die Beteiligung an Arbeitsmarktmaßnahmen erhöht sich, wenn Personen wiederholt am Panel "Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung" teilgenommen haben, im Vergleich zu Personen, die nicht an der Befragung teilgenommen haben. Dies zeigt eine Analyse mit administrativen Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Eine Übersicht über alle laufenden und bereits abgeschlossenen Projekte des IAB finden Sie unter

www.iab.de/projekte